



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 26. Oktober 2016
(OR. en)

13668/16
ADD 1

POLGEN 126
INST 441
CODEC 1512
PE 100

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	26. Oktober 2016
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.:	COM(2016) 710 final ANNEX 1
Betr.:	ANHANG zur MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Arbeitsprogramm der Kommission 2017 - Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument **COM(2016) 710 final ANNEX 1**.

Anl.: **COM(2016) 710 final ANNEX 1**



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Straßburg, den 25.10.2016
COM(2016) 710 final

ANNEX 1

ANHANG

zur

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Arbeitsprogramm der Kommission 2017

Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt

{SWD(2016) 400 final}

Anhang I: neue Initiativen

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung ¹
Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen		
1.	Initiative im Jugendbereich	Diese Initiative umfasst einen Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Solidaritätskorps (legislativ/nicht legislativ) sowie vorrangige Maßnahmen zur Umsetzung der jugendspezifischen Aspekte der Europäischen Agenda für neue Kompetenzen, darunter einen Qualitätsrahmen für Berufsausbildungen, und einen Vorschlag zur Verbesserung der Mobilität von Auszubildenden (legislativ), der auf die Modernisierung der Schul- und der Hochschulausbildung abstellt (nicht legislativ, Q2/2017), sowie einen Vorschlag für eine verbesserte Nachverfolgung der Ergebnisse von Absolventen und von jungen Menschen, die eine berufliche Aus- und Weiterbildung absolviert haben (nicht legislativ, Q2/2017).
2.	Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft	Diese Initiative umfasst eine Strategie für die Verwendung, das Recycling und die Wiederverwendung von Kunststoffen (nicht legislativ, Q4/2017), Maßnahmen in Bezug auf Wasser: Vorschlag für eine Verordnung über die Mindestqualitätsanforderungen an wiederverwendetes Wasser (einschließlich Folgenabschätzung, Art. 192 AEUV, Q2/2017), eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie (einschließlich Folgenabschätzung, Art. 192 Absatz 1 AEUV, Q4/2017), eine Initiative zur Beseitigung rechtlicher, technischer oder praktischer Engpässe an der Schnittstelle zu chemischen, produktspezifischen und abfallspezifischen Rechtsvorschriften (nicht legislativ, Q4/2017) und einen Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft (nicht legislativ, Q3/2017).
3.	Finanzrahmen für die Zeit nach 2020	umfassender Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen einschließlich der Eigenmittel (legislativ/nicht legislativ, Art. 312 AEUV)

¹ Im Einklang mit der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung liefert die Kommission in diesem Anhang nähere Informationen (soweit verfügbar) über die in ihrem Arbeitsprogramm enthaltenen Initiativen. Die in den Feldern unter der Beschreibung der einzelnen Initiativen gemachten Angaben sind vorläufig und können abhängig von den Ergebnissen der Folgenabschätzung während ihrer Ausarbeitung noch Änderungen unterzogen werden.

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung ¹
Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt		
4.	Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt	Halbzeitüberprüfung der Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt
Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik		
5.	Umsetzung der Strategie für die Energieunion: emissionsarme Reisen und Mobilität	auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitungen mehrerer zentraler, im Aktionsplan für emissionsarme Mobilität hervorgehobener Rechtsvorschriften: Strategien für den Zeitraum nach 2020 für Pkw/Kleintransporter sowie für Lkw, Busse und Reisebusse (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Q2/2017), Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge (einschließlich Folgenabschätzung, Art. 192 AEUV, Q2/2017) sowie Wegekostenrichtlinie und Richtlinie über den europäischen elektronischen Mautdienst (EETS) (einschließlich Folgenabschätzung, Art. 91 AEUV, Q2/2017). Diese Initiative umfasst die Umsetzung des internationalen Übereinkommens über die Emissionen von Flugzeugen (ICAO) (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 192 AEUV, Q1/2017).
Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis		
6.	Umsetzung der Binnenmarktstrategie	Vorgesehen sind eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Rechtsvorschriften für den Warenverkehr (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 43, 114 und 207 AEUV, Q2/2017), eine unternehmensrechtsspezifische Initiative zur Förderung des Einsatzes digitaler Technologien während des Lebenszyklus eines Unternehmens und Erleichterung von grenzüberschreitenden Unternehmensverschmelzungen und -spaltungen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Q3-4/2017), eine Initiative zu koordinierten Gesundheitstechnologiebewertungen (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Q4/2017) sowie Maßnahmen für eine bessere Durchsetzung der Binnenmarktregeln im Rahmen eines breiten Durchsetzungspakets mit Vorschlägen für ein zentrales digitales Zugangstor (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2017) und für ein Marktinformationssystem für den Binnenmarkt (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Q1/2017), der Ausbau von SOLVIT (nicht legislativ, Q1/2017) und die Stärkung der Durchsetzungsbefugnisse der einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Q2/2017).

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung ¹
7.	Fairere Besteuerung von Unternehmen	Diese Initiative umfasst die Umsetzung des MwSt.-Aktionsplans durch auf der Grundlage von REFIT erfolgende Vorschläge für ein endgültiges MwSt.-System und MwSt.-Sätze (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 113 AEUV, Q3/2017), ein Paket zur Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit und zur Erleichterung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen und Steuerverwaltungen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 113 AEUV, Q4/2017), einen Vorschlag zur Erstellung einer EU-Liste der Steuergemeinschaften in Drittländern, die die Standards für verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich nicht einhalten (nicht legislativ, Q3/2017), sowie die Umsetzung des internationalen Übereinkommens über Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) in EU-Recht (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Q2/2017).
8.	Umsetzung der Weltraumstrategie für Europa	Legislativvorschläge zu staatlichen Satellitenkommunikationsdiensten (einschließlich Folgenabschätzung, Art. 189 AEUV, Q4/2017) und Maßnahmen zur Erleichterung der Umsetzung von Weltraumdiensten und -daten in marktfähige Produkte (legislativ/nicht legislativ)
9.	Umsetzung des Aktionsplans für eine Kapitalmarktunion	Im Zuge einer Halbzeitüberprüfung (nicht legislativ, Q2/2017) werden die Fortschritte bei der Verwirklichung der Kapitalmarktunion und etwaige erforderliche zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierung der Wirtschaft ermittelt werden. Die neuen Maßnahmen werden einen EU-Rahmen für ein privates Altersvorsorgeprodukt (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q2/2017), eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen (EMIR) (einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2017), einen Aktionsplan zu Finanzdienstleistungen für Privatkunden (nicht legislativ, Q1/2017) sowie zusätzliche delegierte Rechtsakte zur Erleichterung der Finanzierung von Infrastrukturunternehmen durch institutionelle Anleger (einschließlich Folgenabschätzung, Q4/2016) umfassen.

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung ¹
Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion		
10.	Eine starke Union auf Basis einer soliden WWU	Das Weißbuch über die Zukunft Europas (nicht legislativ, Q1/2017), in dem Maßnahmen zur Reform der EU mit 27 Mitgliedstaaten 60 Jahre nach den Römischen Verträgen vorgeschlagen werden, wird sich auch mit der Zukunft der WWU und der Vorbereitung von Phase 2 der Vertiefung der WWU in den neuen politischen und demografischen Rahmenbedingungen befassen (und eine auf das Thema Stabilität fokussierte Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie Folgemaßnahmen zu Artikel 16 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU, mit dem wesentliche Bestandteile dieses Vertrags in den Rechtsrahmen der EU eingebunden werden, einschließen). Diese Initiative wird auch die Überprüfung des Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS) zwecks Erhöhung der Wirksamkeit und Effizienz der Aufsicht auf makro- und mikroökonomischer aufsichtsrechtlicher Ebene einschließen.
11.	Europäische Säule sozialer Rechte	Im Anschluss an die öffentliche Anhörung wird diese Initiative auf die Vorlage eines Vorschlags zur Schaffung einer Säule sozialer Rechte (Q1/2017) abstellen und Initiativen in damit verbundenen Bereichen einschließen, beispielsweise zur Bewältigung der Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Erwerbstätige mit Familie (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 153/157 AEUV), zum Zugang zum Sozialschutz (legislativ/nicht legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 153/292) und zur Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie (nicht legislativ), sowie eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen, durch die die Arbeitgeber verpflichtet werden sollen, die Beschäftigten über die geltenden Bedingungen des Vertrags oder Arbeitsverhältnisses zu informieren (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 153 Abs. 1 Buchst. b/Art. 154 AEUV).
Handel: ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten		
12.	Umsetzung der Strategie „Handel für alle“	Parallel zur Fortsetzung und zum Abschluss der bilateralen Verhandlungen (z.B. mit Japan) und zur Aufnahme neuer Verhandlungen mit Australien (einschließlich Folgenabschätzung, Q1/2017), Chile (einschließlich Folgenabschätzung, Q2/2017) und Neuseeland (einschließlich Folgenabschätzung, Q1/2017) über den Abschluss von Freihandelsabkommen umfasst diese Initiative eine weitere Stärkung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU durch einen Vorschlag zur Änderung der Antidumpingvorschriften der EU (einschließlich Folgenabschätzung, Q4/2016) im Einklang mit der Mitteilung der Kommission vom 18. Oktober 2016.

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung ¹
Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte		
13.	Datenschutz-Paket	Dieses Paket (Q1/2017) wird eine Angleichung der Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch EU-Organe an die neuen allgemeinen Datenschutzvorschriften (legislativ, Art. 16 AEUV), eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation (einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114/16 AEUV) sowie einen Rahmen für Angemessenheitsbeschlüsse über den Austausch personenbezogener Daten mit Drittstaaten umfassen.
14.	Fortschritte bei der Verwirklichung einer wirksamen und echten Sicherheitsunion	Umsetzung der Agenda für die Verwirklichung der Sicherheitsunion und des Aktionsplans gegen die Terrorismusfinanzierung nebst Vorschlägen zur Angleichung der Geldwäschestraftatbestände und der betreffenden Sanktionen (legislativ, Art. 83 AEUV, Q4/2016), zur Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung von Entscheidungen zur Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 82 AEUV, Q4/2016), zur Unterbindung illegaler Bargeldtransfers (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 33/114 AEUV, Q4/2016) und zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 207 AEUV, Q4/2016). Diese Initiative umfasst zudem einen Vorschlag für ein EU-weites Reiseinformations- und -Genehmigungssystem (ETIAS) (legislativ, Art. 77 Abs. 2 Buchstaben b und d AEUV, Q4/2016) sowie Folgemaßnahmen zu den Arbeiten der hochrangigen Gruppe „Informationssysteme und Interoperabilität“.
Auf dem Weg zu einer neuen Migrationspolitik		
15.	Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda	Halbzeitbewertung der Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda einschließlich Konsolidierung und horizontaler Bestandsaufnahme unterschiedlicher Arbeitsbereiche nebst Umsetzung des neuen Migrationspartnerschaftsrahmens mit Drittländern
Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne		
16.	Umsetzung des Europäischen Aktionsplans im Verteidigungsbereich	einschließlich Vorlage eines Vorschlags zur Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds und Maßnahmen zur Verbesserung der Anwendung und der Wirksamkeit der Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge (legislativ/nicht legislativ)

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung ¹
17.	Umsetzung der globalen EU-Strategie	insbesondere einschließlich Anstrengungen zur Steigerung der staatlichen, wirtschaftlichen, umwelt- und Klimaschutzspezifischen und sozialen Widerstandsfähigkeit in Drittstaaten, vor allem in den Nachbarländern der EU und in den umliegenden Regionen (nicht legislativ)
18.	EU-Strategie für Syrien	Diese Strategie wird bestimmen, wie die EU zum Wiederaufbau einer friedlichen und stabilen Nation in Syrien und einer pluralistischen, toleranten Zivilgesellschaft in Syrien beitragen kann (nicht legislativ, Q1/2017).
19.	Partnerschaft EU-Afrika: neue Impulse	Diese Initiative wird auf die Festlegung der strategischen Ziele der EU und ihrer vorrangigen Ziele in Bezug auf ihre Beziehungen zu Afrika abstellen (nicht legislativ, Q2/2017).
Eine Union des demokratischen Wandels		
20.	Modernisierung der Ausschussverfahren	Vorschläge zur Angleichung der sekundärrechtlichen Vorschriften an die aktualisierten Bestimmungen des Vertrags (legislativ, Q1/2017) und Bewertung der demokratischen Legitimität der bestehenden Verfahren für die Annahme von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten (nicht legislativ, Q1/2017)
21.	Ein strategischeres Konzept für die Durchsetzung des EU-Rechts	Maßnahmen zur Verstärkung der Maßnahmen für eine bessere Anwendung, Umsetzung und Durchsetzung des EU-Rechts (nicht legislativ, Q4/2016) entsprechend den Prioritäten der Kommission, konkrete Vorschläge für eine bessere Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (siehe Nr. 6) sowie auf der Grundlage von REFIT erfolgende Initiativen für eine ordnungsgemäße Umsetzung und Durchsetzung der Umweltvorschriften einschließlich Gewährleistung der EU-weiten Einhaltung der Umweltvorschriften (nicht legislativ, Q3/2017), Zugang zur Justiz (nicht legislativ, Q1/2017) sowie Überwachung, Transparenz und Berichterstattung (legislativ/nicht legislativ, Q2/2017)